2019/03 Inland

https://shop.jungle.world/artikel/2019/03/keine-beruehrungsaengste

Die Ditib gibt sich selbstkritisch – und konferiert mit Muslimbrüdern

Keine Berührungsängste

Von **Ralf Fischer**

Der deutschtürkische Islamverband Ditib gibt sich selbstkritisch und verkündet einen Neuanfang – kurz nachdem er eine Konferenz mit Muslimbrüdern abgehalten hat.

Handelte es sich um den Versuch, eine Alternative zur Deutschen Islamkonferenz der Bundesregierung aufzubauen? Sollte die Vereinigung oder zumindest eine engere Zusammenarbeit der arabischen und türkischen Ableger der Muslimbruderschaft in Europa gefördert werden? Vom 2. bis 4. Januar fand in der erst im vorigen Jahr eröffneten großen Moschee in Köln eine konspirativ organisierte Konferenz statt, an der etwa 100 Vertreter aus 17 Ländern teilnahmen, um über eine Kooperation unterschiedlicher muslimischer Institutionen in Europa zu debattieren. Eingeladen zu der Veranstaltung hatte die türkische Religionsbehörde Diyanet über ihren deutschen Ableger, die Ditib. Beworben wurde die Konferenz auf keinem der öffentlichen Kanäle des Islamverbands. Erst nach ihrer Beendigung gaben die Veranstalter eine öffentliche Erklärung ab.

> Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Abhängigkeit der Ditib von der türkischen Regierung beendet werden soll.

Es sei bekannt, dass »die Türkei die Bewegung der Muslimbrüder« unterstütze. »Vor diesem Hintergrund bestehen seitens der Ditib, die in einem Abhängigkeitsverhältnis zur türkischen Religionsbehörde steht, offenbar keine Berührungsängste gegenüber der Muslimbruderschaft«, stellte das nordrhein-westfälische Innenministerium fest. Auf den im Internet von der türkischen Religionsbehörde veröffentlichten Aufnahmen ist zu sehen, dass an dem Treffen auch Khaled Hanafy und Hussein Halawa teilnahmen. Beide sind wichtige Mitglieder in Gremien, die dem Geflecht der Muslimbruderschaft zuzuordnen sind. Sie gehören der Führung des European Council for Fatwa and Research (ECFR) an, jener Dachorganisation, die dem baden-württembergischen Verfassungsschutz zufolge »die Entwicklung eines Islam europäischer Prägung und einer Islam-Auslegung, die sich an demokratischen Werten und dem westlichen Verständnis von Menschenrechten und Selbstbestimmung orientiert«, verhindern soll.

So sagte Halawa in einem Interview im Herbst: »Homosexualität ist sündig. Die Leute, die es tun, wird das Urteil im Jenseits treffen.« Hanafy ist Vorsitzender des Rats der Imame und Gelehrten in Deutschland, der als Ableger der Muslimbruderschaft gilt.

Nur wenige Tage nach der Konferenz gab die Ditib sich selbstkritisch und bekundete, dass die Anfang Januar neu gewählte Führung »die seit nahezu drei Jahren andauernden Debatten entschärfen und einen Neuanfang starten« wolle. Man stützt sich gleichwohl auf bewährtes Personal. So wurde Ahmet Dilek in seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender bestätigt. Er war 2016 als Religionsattaché im Kölner Konsulat der Türkei der Vorgesetzte von sechs Verdächtigen in einer Spionageaffäre. Der Islamverband spricht von »ungerechtfertigten Angriffen«, aber auch »zum Teil berechtigter Kritik an der Ditib« und eigenen »Versäumnissen«. Es gibt jedoch keine Hinweise darauf, dass die Abhängigkeit von der türkischen Regierung beendet oder auch nur gelockert werden soll.

Nachdem die Bundesregierung die finanzielle Förderung von Ditib-Projekten eingestellt und das Bundesland Nordrhein-Westfalen die Zusammenarbeit suspendiert hat, prüft nun auch das hessische Kultusministerium, ob es eine weitere Zusammenarbeit mit dem Islamverband geben soll. Die Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Birgit Koch, sprach sich dagegen aus: »Wir sind nach wie vor der Meinung, dass Ditib nicht der seriöse Partner für das Land sein kann.« Hessen solle sich deshalb nach einer geeigneten Alternative umsehen.

Zweifel gibt es auch daran, dass die drittgrößte Organisation türkischer Muslime, der Verband Islamischer Kulturzentren (VIKZ), sein Bekenntnis zu demokratischen Werten ernst meint. Zum VIKZ gehören in Deutschland 300 Moscheegemeinden, 45 davon sind in Baden-Württemberg angesiedelt. In diesem Bundesland betreibt der Islamverband bereits elf Wohnheime für 237 Schüler im Alter zwischen zwölf und 18 Jahren. Aber der Plan seines örtlichen Ablegers VKBI, in Leinfelden-Echterdingen ein weiteres Heim für 26 junge Menschen zu errichten, scheiterte am Widerstand des Gemeinderats. Dieser beschloss Mitte Dezember, das bereits in Erbpacht überlassene Baugrundstück zurückzukaufen. Grund dafür waren Vorwürfe des am 11. Januar verstorbenen CDU-Landtagsabgeordneten Bernhard Lasotta. Dieser hatte von einer »ultrakonservativen und mittelalterlichen Lebenswelt« gesprochen, in der die Schüler »einzementiert« würden; die in den Heimen vermittelten Lehren stünden »im Gegensatz zu den Werten des Grundgesetzes«.

»Der VIKZ und seine Moscheevereine stehen für eine erzwungene Geschlechtertrennung und betreiben statt Integration eine abgeschottete Erziehung, die für Abgrenzung und auch für Intoleranz steht«, kritisierte Reinhold Gall, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD im Landtag. Der Islamverband wies die Vorwürfe umgehend zurück. »Wir bekennen uns ganz klar zum Grundgesetz«, heißt es in einer schriftlichen Stellungnahme des VKBI. Auf die Zusammenarbeit mit den Muslimbrüdern und anderen Islamisten etwa im Koordinierungsrat der Muslime will man aber nicht verzichten.

© Jungle World Verlags GmbH